

»There are no jobs on a dead planet. Oder doch? Anmerkungen zu einem Dilemma und für eine andere soziale Frage«

»Dort wo wir kein Denken finden, weil Gewissheit herrscht, ist auch keine Bewegung möglich. Was bleibt ist ein Gebäude.

Und die Hoffnung, es abzureißen.«¹

Anriss:

»Make RWE great again!«, »Baggi bleibt - Hambi muss weg«: Im Oktober 2018 protestierten mehr als 30.000 Menschen (nach Angaben der Veranstalter*innen und der Polizei [sic!]) gegen einen schnellen Kohleausstieg und für die Auflösung der Besetzung des Hambacher Forst. Mitunter hatten die Fachgewerkschaften IG BCE und Ver.di zur Teilnahme an den Demonstrationen aufgerufen. Dieser Aufmarsch war eine Reaktion auf den intensivierten (seit 2012 bestehenden) Widerstand gegen den Braunkohletagebau im Rheinischen Revier. Zuvor war es zu zahlreichen Großdemonstrationen, sowie zu verstärkten Waldbesetzungen und Blockaden zur Erhaltung des Urwalds gekommen.

Auf einer Demonstration für den Hambacher Forst war eine junge Frau mit einem Schild mit der Aufschrift »There are no jobs on a dead planet.« zu sehen. Vor diesem Hintergrund müssen die Bilder der demonstrierenden Arbeiter*innen auf viele absurd gewirkt haben. Stellten sie doch eben diese Aussage in Frage.

Diese wahrgenommene Absurdität entspricht eine Nachvollziehbarkeit eines *Interesses*.

In einem Interview mit *Wipoblog* wird Michael Soder, Energiereferent der AK Wien und Lektor an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Uni Wien gefragt, ob es nicht »total widersprüchlich für eine Gewerkschaft [sei], an Jobs festzuhalten, die eher früher oder später keine Zukunft haben werden?« Seine Antwort fällt entschieden aus: »Nein überhaupt nicht. [...] Die Aufgabe der Gewerkschaft ist die Interessenvertretung der Mitglieder*innen [sic!]. [...] Der Vorwurf an die örtliche Interessenvertretung bezüglich potenzieller Konflikte greift deshalb auch zu kurz, da sie ihre ureigenste Aufgabe der unmittelbaren Interessenvertretung erfüllt.«²

Nicht verwunderlich spricht sich Soder daraufhin für eine *Vermittlung der bestehenden Interessen* aus. Man dürfe für die sozialen Dimensionen nicht blind sein, so sein Vorwurf an »die Klimapolitik«. Technologische, ökologische und soziale Dimensionen müssten immer zusammen gedacht werden, so Soder bilanzierend.

Was Soder nicht zu erkennen scheint, ist, dass sich die gravierend zuspitzende ökologische Krise nicht in *ein* Interesse übersetzen und in das herrschende Schema des Interessenausgleichs einfügen lässt. Der Klimawandel (als deutlichster Ausdruck) respektiert keine Grenzen, er orientiert sich nicht an bestehende Zuständigkeiten und Aufgaben, er transzendiert politische Parteien und Organisationen und durchfließt bestehende Interessen. Das bedeutet nicht, dass er nicht »politisch« sei. Das bedeutet, dass er die Ausgangslage und die Koordinaten *jeglicher* politischen Bestrebungen neu bestimmt. Der Klimawandel ist der existenzielle Hintergrund und damit der Bewertungsmaßstab politischer Arbeit (und damit zuletzt auch Interessenvertretung) schlechthin. Die Radikalität des Problems bringt eine klare Gegenüberstellung mit sich. Im Anschluss an Jaques Rancière lässt sich von einer Gegenüberstellung im Zeichen polizeilicher und emanzipatorischer Logik sprechen. [...]

Vorhaben:

Mein Beitrag möchte zeigen, dass die Zuspitzung der ökologische Krise zu einer Erschütterung und Neubestimmung des politischen Raums führt, in dem sich die Widersprüchlichkeit von sozialer und ökologischer Frage durch die bestehende Formulierung (und Beantwortung) ersterer als Dilemma konstituiert.

Ich möchte skizzieren, dass dieses Dilemma nur durch die Kritik am Grundcharakter der sozialen Frage selbst, den ich im Modus der Integration als Ausdruck polizeilicher Logik (Ranciere) auszumachen versuche, aufgehoben werden kann.

¹ Petr Fuzz

² Online-Dokument: <https://blog.wipol.at/2019/02/06/gewerkschaftsinteressen-sind-gesellschaftsinteressen>

Denn durch die Herstellung eines gemeinsamen Nenners im Sinne der Vermittlung (als Ausgleich) einer geteilten Antwort auf die beiden Fragen, wird die polizeiliche Logik der sozialen Frage (Ordnung) übernommen und damit die Aussage der ökologischen Frage negiert. Diese besteht in einer klaren Gegenüberstellung von polizeilicher und emanzipatorischer Politik.

Um soziale und ökologische Frage zusammen zu denken und (in Widerstand) zu bringen, braucht es, so meine These, die radikale Reflexion und Reformulierung der sozialen Frage, oder deutlicher: eine andere soziale Frage.

Diese Reformulierung möchte ich anhand einer kritischen Rezeption der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit dem ökologischen Thema andeuten. Gerade im Rahmen gewerkschaftspolitischer Bestrebungen zeigt sich die Problematik von Vermittlungsversuchen zwischen ökologischer und sozialer Frage. So werden dort, wo Überlegungen zur ökologischen Krise stattfinden bestehende Interessen durch ein »Interesse an Nachhaltigkeit« ergänzt, ggf. aktualisiert (»nachhaltiges Wettbewerbsmodell«) und anschließend wechselseitig verortet.

Der Raum dieser Verortung ist eine Ebene, auf welcher ein formales Spiel der verschiedenen Interessen abgehalten wird. Ziel des Spiels ist es dabei einen (Interessen-)Ausgleich bzw. eine parallele Gleichwertigkeit herzustellen. Dabei werden bestehende Interessen naturalisiert und legitimiert und letztlich die ökologische Frage verkannt, der Widerspruch also einseitig aufgelöst.

Wer »Nicht weiter so!« schreit, um anschließend flüsternd mitzuteilen, dass »es schwierig und konfliktreich [wird], soziale, ökonomische und ökologische Interessen auch nur einigermaßen gleichberechtigt zu berücksichtigen« wie es beispielsweise Müller ua. im aktuellen, vom DGB herausgegebenen Band »Ökologie der Arbeit« machen, verdeutlicht diese Be/Gefangenheit.

Ein Fluchtpunkt besteht jedoch, so meine These, in der kritischen Weiterentwicklung des gewerkschaftspolitischen Konzepts der »Guten Arbeit« (als Teil eines Guten Lebens). Aus den (verschwimmenden) Grenzen des Betriebs enthoben und als gesellschaftspolitische Idee reformuliert, muss es radikale ökologische und ethische Aspekte aufnehmen. Es muss dabei das (Erwerbs)Arbeitsdogma beseitigen, seinen Blick vom Standort abwenden etc. Es muss über das Bestehende hinausweisen. Seine Haltung vermag es in Deleuze »Phänomen der Hellsichtigkeit« finden, das darin besteht *mit einem Mal* all das, was eine Gesellschaft an nicht Tolerierbarem enthält und »zugleich die Möglichkeit von etwas anderem« zu erkennen. Seine Methodologie kann es in Rosa Luxemburgs revolutionärer Realpolitik, der Verbesserung im Bestehenden zur Veränderung des Ganzen, (wieder)entdecken.

Die Flucht, die damit angetreten wird ist eine befreiende, sie führt zu einer anderen Frage.

Diese andere Frage richtet sich schonungslos an die Voraussetzungen, Bedingungen und Konsequenzen herrschender Produktions- und Lebensweisen.

Diese *andere* soziale Frage besteht nicht länger im Modus der Reaktion (Beantwortung), sondern im Modus der Aktion (des In-Frage-Stellens). Ihre Adressat*innen und Adressant*innen sind keine Stellvertreter*innen mehr, sondern Operator*innen.

Diese andere soziale Frage ist Ausdruck emanzipativer Politik und abseits halb garer Vermittlungsversuche von Grund auf sozial-ökologisch.